

## **Antrag**

**der Abg. Dr. Bernhard Lasotta u. a. CDU,  
der Abg. Rudolf Hausmann u. a. SPD,  
der Abg. Dr. Gisela Splett u. a. GRÜNE und  
der Abg. Dieter Kleinmann u. a. FDP/DVP**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Wirtschaftsministeriums**

### **Neue Leitlinien für die Entwicklungspolitik des Landes**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. welchen Stand die Erarbeitung neuer landespolitischer Leitlinien zur Entwicklungszusammenarbeit erreicht hat, welche Ressorts, Expertinnen und Experten sowie Nichtregierungsorganisationen an der in Aussicht gestellten Überarbeitung der Leitlinien beteiligt sind und wann sie die Leitlinien dem Landtag vorlegen wird;
2. welche Maßnahmen sie, unter besonderer Berücksichtigung der infolge der von Minister Hauk geführten Delegationsreise nach Burundi, im laufenden Jahr eingeleitet hat, um ihr entwicklungspolitisches Handeln gemäß dem Beschluss der Ministerpräsidenten der Länder vom 24. Oktober 2008 auszurichten und als Träger und Rahmengeber für Entwicklungspartnerschaften zu fungieren, diese zu koordinieren und zu unterstützen, und wie und mit welchen Haushaltsmitteln sie diese Maßnahmen umsetzen und verstetigen wird;

3. was die jeweiligen Ressorts und die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit unternommen haben, um die Kompetenzen des Landes in den Handlungsfeldern Klimaschutz und Energie, Gesundheit, Ernährungssicherheit und ländliche Räume sowie wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit für Entwicklungs- und Schwellenländer zur Verfügung zu stellen und mit welchem finanziellen und personellen Ressourceneinsatz diese Maßnahmen in welchen Ländern umgesetzt wurden;
4. welchen Stellenwert sie der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit beimisst und welche Möglichkeiten sie verfolgt, um nach Wegfall der für diesen bedeutsamen Bereich geschaffenen Förderlinie bei der Landesstiftung andere mittelfristig verlässliche Förderangebote für die entwicklungspolitische Inlandsarbeit der Nichtregierungsorganisationen und Verbände vorzuhalten;
5. welche neuen Aufgaben und Chancen sich aus ihrer Sicht an der Schnittstelle von Entwicklungspolitik, Migration und Integration ergeben und welche Konzepte sie verfolgt, um die Migrantinnen und Migranten aus Entwicklungsländern in die Mobilisierung neuer Potenziale für die wirtschaftliche und kulturelle Kooperation mit Entwicklungsländern einzubinden und die Kompetenz der Migrantinnen und Migranten als Brückenbauer zu ihren Heimatländern zu stärken;
6. wie sich die im MPK-Beschluss von 2008 auch von Baden-Württemberg bekundete Bereitschaft, auch weiterhin Verantwortung für die Entwicklungspolitik wahrzunehmen und in diesem Politikfeld eine aktive Rolle zu spielen, in den nächsten Jahren differenziert nach Ressorts und Zielsetzungen niederschlagen wird;

## II.

dem Landtag umgehend nach Fertigstellung die angekündigten neuen landespolitischen Leitlinien zur Entwicklungszusammenarbeit zu übermitteln.

10. 12. 2009

Dr. Lasotta, Schütz CDU  
Rudolf Hausmann, Dr. Prewo SPD  
Dr. Splett, Untersteller GRÜNE  
Kleinmann, Fauser FDP/DVP

## Begründung

Die Landesregierung hat vor gut einem Jahr zugesagt, dem Landtag in der zweiten Jahreshälfte 2009 neue Leitlinien zur Entwicklungszusammenarbeit vorlegen zu wollen.

Die Initiative der Antragsteller zielt darauf zu dokumentieren, was die Landesregierung tut, um die von ihr mitgetragenen Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz vom 24. Oktober 2008 „Zukunftsfähigkeit sichern – Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen“ tatsächlich umzusetzen.

Die Bewältigung der globalen wirtschaftlichen, ökologischen und politischen Umwälzungen erfordert nicht nur von den Nationalstaaten und internationalen Institutionen, sondern auch von den Ländern verstärkte Anstrengungen. Vor dem Hintergrund der Millennium-Entwicklungsziele von 2000 und der Paris-Deklaration von 2005 muss auch Baden-Württemberg seine spezifischen Kompetenzen komplementär zu den nationalen und internationalen Akteuren einsetzen, ohne als weiterer Geber in Konkurrenz zu ihnen zu treten.

Der Erarbeitung neuer entwicklungspolitischer Leitlinien kommt in diesem Zusammenhang eine wegweisende strategische Bedeutung zu. In den Prozess ist die Expertise entwicklungspolitischer Akteure im Land einzubeziehen.

#### Stellungnahme \*)

Mit Schreiben vom 29. Januar 2010 Nr. 6–35000.0/668/2 nimmt das Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Staatsministerium, dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, dem Umweltministerium, dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum, dem Ministerium für Arbeit und Soziales, sowie dem Justiz- und dem Innenministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,*

*die Landesregierung zu ersuchen,*

*I. zu berichten,*

*1. welchen Stand die Erarbeitung neuer landespolitischer Leitlinien zur Entwicklungszusammenarbeit erreicht hat, welche Ressorts, Expertinnen und Experten sowie Nichtregierungsorganisationen an der in Aussicht gestellten Überarbeitung der Leitlinien beteiligt sind und wann sie die Leitlinien dem Landtag vorlegen wird;*

Die neuen Leitlinien der Landesregierung Baden-Württemberg für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern wurden in der Sitzung des Kabinetts vom 11. Januar 2010 beschlossen und am 14. Januar 2010 durch das Staatsministerium dem Landtag vorgelegt.

Die Leitlinien wurden durch das Wirtschaftsministerium im Rahmen seiner Zuständigkeit für die Entwicklungszusammenarbeit und als Koordinierungsstelle der Landesregierung erarbeitet. An der Erstellung der Leitlinien waren alle Ressorts beteiligt, die mit Fragen der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern befasst sind – namentlich waren dies das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum, das Umweltministerium, das Ministerium für Arbeit und Soziales, das Justizministerium und das Staatsministerium. Darüber hinaus hat das Wirtschaftsministerium die neuen Leitlinien mit der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) und Baden-Württemberg International (bw-i) abgestimmt.

\*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Zur Information aller entwicklungspolitischen Akteure, insbesondere der nicht staatlichen Organisationen, der entwicklungspolitisch engagierten Kommunen und Landkreise, sowie der großen Anzahl der an diesem Thema interessierten Menschen im Land wird das Wirtschaftsministerium die neuen Leitlinien der Landesregierung zur Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Form eines Faltblatts veröffentlichen.

2. *welche Maßnahmen sie, unter besonderer Berücksichtigung der infolge der von Minister Hauk geführten Delegationsreise nach Burundi, im laufenden Jahr eingeleitet hat, um ihr entwicklungspolitisches Handeln gemäß dem Beschluss der Ministerpräsidenten der Länder vom 24. Oktober 2008 auszuführen und als Träger und Rahmengeber für Entwicklungspartnerschaften zu fungieren, diese zu koordinieren und zu unterstützen, und wie und mit welchen Haushaltsmitteln sie diese Maßnahmen umsetzen und verstetigen wird;*

Infolge zu der unter der Leitung von Minister Peter Hauk durchgeführten Delegationsreise nach Burundi wurden vom *Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum* (MLR) folgende Maßnahmen in die Wege geleitet:

Um konkrete und sinnvolle Ansätze zu identifizieren und das baden-württembergische Engagement in Burundi gezielt und effektiv zu gestalten, wurde zunächst eine Desk-Recherche bei dem unabhängig arbeitenden Institut *IP Institut für Projektplanung GmbH* in Stuttgart in Auftrag gegeben. Die Studie kam zu dem Ergebnis, die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Burundi vor allem in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft zu konzentrieren. Aufgrund der durch Herrn Minister Hauk und die Delegationsteilnehmer in Burundi geführten Gespräche sollen parallel Schwerpunkte in den Bereichen Bildung und gesundheitliche Versorgung gelegt werden.

Mittlerweile wurden für die Bereiche infrage kommenden Projektideen konzipiert und sondiert mit welchen Partnern bzw. in welchen Kooperationsformen mögliche Projekte realisiert werden können.

Im Bereich der landwirtschaftlichen Ausbildung fanden Gespräche mit den dem MLR angehörenden Landesanstalten statt, um zu prüfen, welche Möglichkeiten für eine berufliche Bildungsoffensive in der Land- und Forstwirtschaft in Burundi bestehen und wie die Kompetenz der Anstalten für Maßnahmen in der Land- und Forstwirtschaft Burundis genutzt werden können.

Zu diesem Zweck wurden zwei Experten bestimmt, die sich vor Ort ein Bild über die aktuelle Situation in Burundi machen sollen. Insbesondere soll bei diesem Experteneinsatz geklärt werden, wie die vorhandene landwirtschaftliche Produktivität erhöht werden kann und an welchen Stellen durch Aufforstung die Problematik der sehr unstablen Böden gelöst werden kann.

Darüber hinaus wird durch das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum geprüft, welche Möglichkeiten für einen Import von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Burundi nach Baden-Württemberg bestehen.

Die baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern wurden außerdem gebeten, Unterstützungsmöglichkeiten durch baden-württembergische Firmen für Burundi zu prüfen.

Im Bereich der schulischen Bildung wurden Gespräche mit Vertretern des *Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport* geführt. Dabei wurde angeregt, Fachkräfte nach Burundi zu schicken, die mögliche Bildungsprojekte vor Ort sondieren sollen.

Die Kerschensteinerschule Stuttgart (berufliche Schule) unterstützt bereits im Rahmen eines Projektes der „Fondation Stamm“ eine Bildungseinrichtung an der Ecole Polyvalente Carolus Magnus in Bujumbura, Burundi, die seit 15. September 2008 die Ausbildung von Assistenten in pharmazeutisch-medizinischen Bereichen in ihr Programm aufgenommen hat. Die Zusammenarbeit erfolgte bisher weitgehend über das Internet. Ziel dabei ist, die Schule in Burundi bei der Aufbauarbeit des neuen Bildungsganges zu unterstützen und sie über aktuelle Entwicklungen (z. B. Lehrplan oder Ausstattung von Laboren) zu informieren. Zwischen der Kerschensteinerschule (KES) in Stuttgart und der Ecole Polyvalente Carolus Magnus (EPCM) soll in diesem Jahr eine offizielle Projektpartnerschaft geschlossen werden.

Die SEZ unterstützt und begleitet die in Burundi aktiven Nicht-Regierungsorganisationen und Engagierten aus Baden-Württemberg bereits seit Beginn ihrer Tätigkeit 1991. Insbesondere während des burundischen Bürgerkriegs hat die Stiftung den bestehenden partnerschaftlichen Beziehungen zur Seite gestanden, um den Kontakt zum Land aufrechtzuerhalten.

Im Nachgang der Delegationsreise des Landes Baden-Württemberg unter Leitung von Landwirtschaftsminister Peter Hauk baut die SEZ auf der Basis der bestehenden partnerschaftlichen Beziehungen ein landesweites Netzwerk Baden-Württemberg-Burundi in Form eines Kompetenzzentrums Burundi auf. Über dieses Netzwerk stärkt und unterstützt die SEZ die im Land vorhandenen Aktivitäten und begleitet neu initiiertes Engagement. Ein erstes Treffen für den Aufbau dieses Netzwerks fand im Herbst 2009 im Landtag von Baden-Württemberg statt. Zukünftig sollen regelmäßig zweimal im Jahr Folgetreffen einberufen werden.

Des Weiteren wird die SEZ die Schaffung eines medizinischen Netzwerks verfolgen, über das Ärzte und Mitarbeiter des baden-württembergischen Gesundheitswesens, die an einem Engagement oder Einsatz in Burundi interessiert oder bereits aktiv sind, miteinander vernetzt werden.

2009 wurde das Krankenhaus in der Provinzhauptstadt Kayanza vollständig saniert und mit neuen medizinischen Geräten sowie Medikamenten ausgestattet. Die SEZ hat diese Maßnahmen mit ca. 180.000 Euro gefördert. Die Zusammenarbeit eines Notfallarztes aus Baden-Württemberg mit dem Krankenhaus in Songa, dessen vollständige Sanierung, Ausbau und Ausstattung mit Geräten und Medikamenten, ist ebenfalls ein erstes Ergebnis der Delegationsreise. Die SEZ hat diese Maßnahmen mit bisher 29.000 Euro gefördert.

Im Einzelplan des *Staatsministeriums* waren im Haushaltsjahr 2009 erstmals Mittel in Höhe von 250.000 Euro für Zuschüsse zur Förderung internationaler Kooperationen eingestellt.

Die Mittel dienen insbesondere der Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung und Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und einzelnen Entwicklungsländern, zu denen Baden-Württemberg besondere Beziehungen unterhält. Die SEZ hat den Auftrag übernommen, die Zusammenarbeit mit diesen Ländern zu fördern, zu begleiten und zu koordinieren. Dies bedeutet im Einzelnen:

- Unterstützung bzw. Initiierung von Projekten in Afrika südlich der Sahara, die einen Beitrag leisten zur Verbesserung der wirtschaftlichen und/oder sozialen und/oder ökologischen Situation armer Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern und im Einklang mit den Millenniums-Entwicklungszielen (MDG) stehen;
- Ausweitung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Burundi;

- Stärkung der Zusammenarbeit mit weiteren Entwicklungsländern, zu denen Baden-Württemberg besondere Beziehungen unterhält.

Bei der Vergabesitzung durch ein neutrales Gutachtergremium am 25. November 2009 wurden 13 Projekte mit einem Fördervolumen von 181.506 Euro identifiziert, die durch Mittel des Landes gefördert werden.

Rund 91.500 Euro fließen in sieben Vorhaben im Schwerpunktland Burundi. Die Vorhaben werden in den Bereichen Wasserversorgung, Alphabetisierung, (berufliche) Bildung sowie Gesundheitsfürsorge umgesetzt.

Des Weiteren werden Projekte in Kenia, Burkina Faso, Uganda, Chile und Brasilien unterstützt. Die verbleibenden Mittel wurden auf das Jahr 2010 übertragen.

*3. was die jeweiligen Ressorts und die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit unternommen haben, um die Kompetenzen des Landes in den Handlungsfeldern Klimaschutz und Energie, Gesundheit, Ernährungssicherheit und ländliche Räume sowie wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit für Entwicklungs- und Schwellenländer zur Verfügung zu stellen und mit welchem finanziellen und personellen Ressourceneinsatz diese Maßnahmen in welchen Ländern umgesetzt wurden;*

In den Handlungsfeldern Klimaschutz und Energie, Gesundheit, Ernährungssicherheit und ländliche Räume, wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit und (ergänzend zur Fragestellung) berufliche Aus- und Fortbildung haben die Ressorts und die SEZ folgende Maßnahmen und Projekte in der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern umgesetzt:

a) Handlungsfeld Klimaschutz und Energie

Das Umweltministerium hat in *China* folgende Maßnahmen – überwiegend im Rahmen der gemischten Arbeitsgruppen mit den Partnerprovinzen Jiangsu und Liaoning – realisiert:

- In den Jahren 2005, 2007 und 2009 wurden drei deutsch-chinesische Seminare zum Thema „Nachhaltige Stadtentwicklung, Kooperation, Verkehr, Klimaschutz“ an der Universität Stuttgart mit insgesamt 56.000 Euro aus Mitteln der Landesstiftung Baden-Württemberg gefördert.
- Im Jahr 2006 wurde die Planung für ein Modellprojekt einer Energiespar-siedlung in Shenyang, die vom Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE und von einem spezialisierten Freiburger Architekten durchgeführt wurde, mit 150.000 Euro gefördert.
- Im Rahmen der Ministerreise im November 2006 wurden in beiden Partnerprovinzen Symposien zum Thema „Energieeffizienter Wohnungs- und Siedlungsbau“ durchgeführt.
- Umweltministerin Gönner hat im Juni 2009 an der Reise des Bundesumweltministers nach China im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Deutschland und China – Gemeinsam in Bewegung“ teilgenommen und während der sog. Deutschlandwochen in Shenyang den Pavillon des Landes besucht. Im Landespavillon wurden auch Beiträge des Umweltministeriums zu den Themen Energieeffizienz, Erneuerbare-Wärme-Gesetz, Flächenverbrauch und nachhaltiger Städtebau präsentiert.

- Seitens des Umweltministeriums und des Wirtschaftsministeriums ist eine Beteiligung des Landes auf dem Stand der Stadt Freiburg im Urban Best Practices Areal der EXPO 2010 in Shanghai unter dem Motto „Better City, Better Life“ beabsichtigt.

Nach der Seebeben- und Flutwellenkatastrophe im Indischen Ozean am 26. Dezember 2004 hat das Umweltministerium aus Mitteln der Landesstiftung Baden-Württemberg für *Sri Lanka* ein dauerhaft wirksames Hilfsprojekt mit ökologisch-nachhaltiger Komponente entwickelt und verschiedene Kooperationspartner eingebunden, die das Projekt mit insgesamt 2,46 Millionen Euro finanziert haben. Es wurde ein sogenanntes ECO-Village/Öko-Dorf mit 90 Wohnhäusern und einer vollständigen Infrastruktur (Gemeinschaftshaus mit sozialen und karitativen Einrichtungen wie Kindergarten, Arztpraxis, Läden, Gebäude für religiöse Zwecke, Werkhof) konzipiert und errichtet.

Das Dorf wurde im Juli 2007 eingeweiht und als Projekt Anfang 2009 abgeschlossen. Es gilt als Vorzeigeprojekt für Tsunami-Rehabilitierungsmaßnahmen in Sri Lanka und wurde mehrfach ausgezeichnet.

Das *Wirtschaftsministerium* arbeitet seit 1996 mit dem Nationalen Umwelttechnologiezentrum *CETSAM* in Curitiba (*Brasilien*) zusammen. Das *CETSAM* ist zuständig für Umweltberatung und -information, Umweltausbildung und -analytik und hat das Ziel, die nachhaltige Entwicklung der brasilianischen Industrie zu fördern. Dabei werden insbesondere Techniker und sogenannte Multiplikatoren fortgebildet.

Im Rahmen von Betriebsberatungen und Umwelttechnik-Kursen bietet das *CETSAM* eine leistungsfähige Plattform an, die von baden-württembergischen Firmen mit geeigneten umwelttechnischen Produkten für die Erschließung des brasilianischen Marktes genutzt werden kann.

Das *Wirtschaftsministerium* legt seit mehreren Jahren bei seinen Wirtschaftsdelegationsreisen in Entwicklungsländer den Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Bereich der Umwelttechnologie. Im Rahmen der Wirtschaftsdelegationsreisen werden sowohl politische Gespräche in den Umwelt-, Wasser- und/oder Energieministerien der Partnerländer geführt, als auch von Baden-Württemberg-International Kooperationsbörsen für Unternehmen aus der Branchen Umwelttechnik und Regenerative Energien im Partnerland veranstaltet.

Im Jahr 2009 führte das Wirtschaftsministerium Reisen in die Entwicklungsländer Ägypten, Brasilien, Indien, Indonesien, in die Palästinensischen Autonomiegebiete und China durch. Für das Jahr 2010 sind Reisen nach Algerien, Indonesien, Brasilien, Kuba, Indien, Südafrika, Kasachstan und China geplant.

#### b) Handlungsfeld Gesundheit

Dem *Ministerium für Arbeit und Soziales* stehen bereits seit 2004 keine eigenen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit mehr zur Verfügung. Die fachlichen Kompetenzen in den Bereichen Gesundheit und Soziales werden im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit eingebracht. Zielsetzung ist ein „Know-how-Transfer“.

Im Rahmen von Delegationsbesuchen wurden beispielsweise Kontakte zu Ansprechpartnern in den Themen Orthopädietechnik und berufliche Rehabilitation (*Tunesien*), soziale Hilfen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen (*Südafrika*), Krankenhausplanung (*China, Brunei*) sowie Krankenversicherung, Ärztefortbildung und Blutsicherheit (*China*) hergestellt.

Zu Projekten im Handlungsfeld Gesundheit der *SEZ* im Rahmen der partnerschaftlichen Beziehungen zu Burundi siehe I. 2.

Zum Projekt „Ausbildungskooperation in Frauenheilkunde und Geburtshilfe“ siehe I. 3. d) (wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit).

Die Gesundheitswirtschaft und die Medizintechnologie sind weitere Schwerpunkte der Delegationsreisen des *Wirtschaftsministeriums*, die aus außenwirtschaftlichem Anlass in Entwicklungsländer durchgeführt werden (siehe auch I. 3. a).

#### c) Handlungsfeld Ernährungssicherheit und ländliche Räume

Das *Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum* wird sich als Konsequenz aus der *Burundi*-Reise dort speziell für die Bereiche Land- und Forstwirtschaft sowie Ernährung einsetzen. (siehe hierzu I. 2.).

#### d) wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit

Das *Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst* unterstützt die Umsetzung der UN-Millenniumsziele mittelbar durch die Förderung von Maßnahmen der Bildungs- und Forschungszusammenarbeit der baden-württembergischen Hochschulen mit Ländern, die nach der Statistik über die deutschen öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (Official Development Assistance [ODA Statistik]) als Entwicklungsländer eingestuft werden. Dabei konzentriert sich das Wissenschaftsministerium auf die Förderung der Zusammenarbeit mit ausgewählten Schwerpunktländern. Im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst nimmt die Entwicklungszusammenarbeit die finanziell stärkste Rolle im Vergleich der Ressorts ein.

Entsprechende Mittel sind im Einzelplan 14 bei Kapitel 1406 Titelgruppe 92 „Förderung der Entwicklungszusammenarbeit“ veranschlagt. Der Ansatz betrug in den Jahren 2008 und 2009 2.379.100 Euro. Aufgrund der derzeitigen Haushaltssituation wurde der Ansatz für den Doppelhaushalt 2010/11 um 70.000 Euro auf 2.309.100 Euro gekürzt. Die Förderung aus Titelgruppe 92 erfolgt mittels Zuschüssen zum Studierenden- und Nachwuchswissenschaftler-austausch und zum Export deutscher Studienangebote ins Ausland.

Hinzu kamen im Haushaltsjahr 2009 rund 350.000 Euro, die bei Kapitel 1499 Titelgruppe 71 für Forschungsprojekte in der Entwicklungszusammenarbeit sowie für die Anbahnung von Projekten veranschlagt sind. Diese Anschubmittel ermöglichen den Hochschulen die Einwerbung von Verbundforschungsprojekten der DFG, des Bundes, der EU und anderer Geldgeber. Es hängt von der weiteren Haushaltsentwicklung ab, ob dieser Betrag 2010/11 gehalten werden kann.

Nachfolgend wird kurz auf die wichtigsten Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit, die mit Mitteln des Wissenschaftsministeriums finanziert oder teilfinanziert werden, eingegangen:

#### Institutionelle Förderung

Das Wissenschaftsministerium trägt die Grundfinanzierung des Arnold-Bergstraesser-Institut für kulturwissenschaftliche Forschung in Freiburg.

#### Afrika

Auf dem afrikanischen Kontinent fördert das Wissenschaftsministerium die Kooperationen zwischen den Landeshochschulen und ihren Partnerhochschulen in *Südafrika*, insbesondere in den Partnerprovinzen Western Cape (Kapstadt, Stellenbosch) und Kwazulu-Natal (*Durban, Pietermaritzburg*).



In *Burkina Faso* unterhält die Universität Heidelberg im Rahmen ihres Sonderforschungsbereiches (SFB) 544 – Control of Tropical Infectious Diseases – eine Forschungsstation in Nouna. Neben der Förderung durch das Wissenschaftsministerium tragen die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Universität Heidelberg zur Finanzierung des SFB bei.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt in *Ägypten* auf der Förderung des Ausbaus der „German University in Cairo“ (GUC), an der neben dem DAAD die Universitäten Stuttgart, Ulm, Mannheim und Tübingen als Partneruniversitäten maßgeblich am Aufbau der Studiengänge beteiligt sind.

#### Asien

In Ostasien liegt der Schwerpunkt der Maßnahmen seit Jahren auf der Zusammenarbeit mit der Volksrepublik *China*. Hier wird insbesondere auch der politische Dialog mit staatlichen Einrichtungen in Peking, Shanghai und in der Partnerprovinz des Landes, Jiangsu, gepflegt. Die Qualität der Hochschul- und Forschungszusammenarbeit hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert. Die Mittelzuweisung des Wissenschaftsministeriums trägt jetzt Früchte. Dank der Stipendienmittel für den Austausch mit chinesischen Universitäten konnten dauerhafte Kontakte mit herausragenden strategischen Partnern aufgebaut werden. Durch die Förderung des Nachwuchswissenschaftlertausches im Bereich der Bio- und Nanotechnologie ist es zudem gelungen, mit den wichtigsten Universitäten in Shanghai zu kooperieren.

Die Beziehungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit im südostasiatischen Raum erstrecken sich insbesondere auf *Malaysia und Vietnam*. Mit Malaysia besteht seit 1997 eine Regierungsvereinbarung zur Aufnahme von jährlich 50 Regierungsstipendiaten in ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen an baden-württembergischen Fachhochschulen. Die Beziehungen sollen künftig auf die Entsendung baden-württembergischer Studierender nach Malaysia ausgeweitet werden.

Darüber hinaus beteiligt sich Baden-Württemberg gemeinsam mit Hessen und dem Bund am Aufbau der vietnamesisch-deutschen Universität (VDU) in Ho-Chi-Minh City. Der Export von Studiengängen erfolgt in einer ersten Phase durch die Landeshochschulen Karlsruhe, Heilbronn und Furtwangen. Das Karlsruher Institut für Technologie wird sich ab 2010 ebenfalls maßgeblich am Aufbau beteiligen.

Ein herausgehobenes Vorhaben zur Erreichung der Millennium Development Goals, das zur Senkung der mütterlichen und kindlichen Sterblichkeit beiträgt, ist das Projekt „Ausbildungskooperation in Frauenheilkunde und Geburtshilfe“. Dies wird von der Universität Freiburg in Zusammenarbeit mit führenden europäischen und asiatischen Universitäten durchgeführt. Im Mittelpunkt des Projekts steht die Verbesserung der Facharztzubereitung von Frauenärzten einschließlich der Entwicklung von Lehrbüchern und Unterricht an den beteiligten asiatischen Partneruniversitäten.

Zur Stärkung der Beziehungen mit *Indien* fördert das Wissenschaftsministerium die Aktivitäten des Südasiens-Instituts der Universität Heidelberg (SAI) durch eine Gastprofessur aus Indien.

#### Süd- und Lateinamerika

In Südamerika konzentrieren sich die Maßnahmen auf *Brasilien und Chile*. In Brasilien erfolgt die Zusammenarbeit zwischen der Universität Tübingen und der Pontificia Universidade Católica de Rio Grande do Sul. Neu aufgebaut wird die Kooperation mit dem Bundesstaat Paraná im Bereich nachhaltige Landnutzung. Hier wird die Hochschule Rottenburg ein Pilotprojekt mit den

staatlichen Universitäten und der Landesregierung in Paraná durchführen, das innerhalb Brasiliens als Modell zur Nachahmung für weitere Bundesstaaten dienen soll.

Das Heidelberg Center Lateinamerika (HCLA) in Santiago di Chile wurde im Jahr 2001 als erstes Zentrum einer deutschen Universität im Ausland zusammen mit den bedeutendsten chilenischen Universitäten errichtet. Es bietet Aufbaustudiengänge und Weiterbildungsseminare in den Bereichen Politik- und Naturwissenschaften an. Dank der bestehenden Förderung durch das Wissenschaftsministerium ist dem HCLA im Frühjahr 2009 die Einwerbung weiterer Fördermittel des DAAD in Höhe von rd. 2,1 Millionen Euro gelungen. Das HCLA wird dadurch sein Angebot auf die Fachbereiche Medizin und Geowissenschaften ausweiten.

Im Rahmen der Ausschreibung Initiative Hochschulexzellenz in der Entwicklungszusammenarbeit „ex)I(ceed“ erhielt die Universität Hohenheim Mittel in Höhe von fünf Millionen Euro. Gemeinsam mit Partnerhochschulen aus Entwicklungsländern plant sie damit am Tropenzentrum der Universität den Aufbau eines Kompetenzzentrums für Ernährungssicherung.

#### STUBE

Mit dem Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Baden-Württemberg (*STUBE*) der Evangelischen Akademie Bad Boll sollen Studenten aus Entwicklungsländern in Baden-Württemberg für die Probleme in ihren Heimatländern sensibilisiert werden. Viele ehemalige Studierende und Absolventen von *STUBE* nehmen heute einflussreiche Positionen in ihren Heimatländern ein und tragen dort zur Lösung von Problemen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung und in verschiedensten Projekten zur Zusammenarbeit mit der Wirtschaft im In- und Ausland bei.

Das *Wirtschaftsministerium* hat die Arbeit von *STUBE* im Jahr 2009 mit 30.000 Euro gefördert.

#### e) berufliche Aus- und Fortbildung

Das *Ministerium für Kultus, Jugend und Sport* unterstützt mit verschiedenen Maßnahmen der beruflich-technologischen Zusammenarbeit die nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in Entwicklungsländern.

Jährlich werden bis zu 50 Lehrkräfte (meist aus dem beruflichen Schulwesen) für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit beurlaubt. Das Land übernimmt dabei den Versorgungsanteil. Zusätzlich werden kurzfristig Lehrkräfte für Gutachten und Fachstudien für die deutschen Träger von Entwicklungshilfeprojekten freigestellt. Diese Beurlaubungen und Freistellungen stellen einen wichtigen Beitrag zur deutschen Entwicklungspolitik dar.

Mit rund 43.000 Euro hat das Kultusministerium im Jahr 2009 mit Schulungsmaßnahmen für Multiplikatoren den Aufbau eines beruflichen Schulsystems in *Mosambik* unterstützt. Entsprechende Schulungsmaßnahmen werden auf Anfrage auch für andere Entwicklungs- und Schwellenländer mit Finanzierungen aus Drittmitteln durchgeführt.

Das Internationale Institut für Berufsbildung (IfB) Mannheim bildet Führungskräfte im Kraftfahrzeugbereich aus Entwicklungsländern sowohl in fachtheoretischer als auch fachpraktischer und berufspädagogischer Hinsicht fort. Diese Kurse wurden in den letzten Jahren inhaltlich und organisatorisch noch stärker an den Bedürfnissen der Zielländer ausgerichtet. Die Anpassungen beziehen sich u. a. auf die Bereiche nachhaltige Managementtechniken, Klima- und Umweltschutz, Recycling, Solarenergie in Kfz-Werkstätten, gerade auch im ländlichen Raum. 2009 waren die Schwerpunktländer Kasachstan,

Tadschikistan und Kirgisistan. Für Personal- und Sachkosten einschließlich Miete wendet das Land jährlich rund 1,3 Millionen Euro auf.

Das Kultusministerium Baden-Württemberg hat den stellvertretenden Vorsitz des Aufsichtsrates der gemeinnützigen GmbH Internationale Weiterbildung und Entwicklung (InWEnt gGmbH) den Gesellschafter Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) als Ländervertreter inne. Bei InWEnt Mannheim finanziert das Kultusministerium die Stelle eines Tutors mit knapp 80.000 Euro.

Die Entwicklungszusammenarbeit des *Wirtschaftsministeriums* bestand in den vergangenen Jahren überwiegend aus wirtschaftsnahen Projekten der technischen Zusammenarbeit, vor allem im Bereich der beruflichen Bildung.

Seit 1993 unterstützt das Wirtschaftsministerium das Nationale Technologiezentrum für Holz und Möbelbau – *CETMAM* in Curitiba, der Hauptstadt des südbrasilianischen Bundesstaates *Paraná*. Als nationales Branchenzentrum strahlt es fachlich auf das ganze Land aus.

Das CETMAM versteht sich als Drehscheibe für den Technologietransfer und steht interessierten deutschen und brasilianischen Firmen als Ausstellungs- und Kompetenzzentrum zur Verfügung. Eine große Zahl deutscher Firmen (z. B. Weinig, Homag, Vollmer, Schmalz, Gann, Altenburg) ist bereits indirekt über die Maschinen-, Werkzeug- und Laborausstattung des Technologiezentrums vertreten.

Seit Anfang des Jahres 2005 berät ein sog. integrierter Experte aus Baden-Württemberg den SENAI-Paraná bei der Erweiterung des Holztechnologiezentrums auf weitere drei Standorte.

Außerdem leitet er für das Wirtschaftsministerium ein Fachinformationszentrum „Holz und Möbel“ (Kompetenzzentrum), welches zum Ziel hat, die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zwischen Baden-Württemberg und Paraná auszubauen.

Mit der Gewerblichen Schule für Holztechnik in Stuttgart-Feuerbach besteht seit 2001 eine gut funktionierende Schulpartnerschaft. Jährlich finden gemeinsame bikulturelle Möbel-Projekte an der Fachschule und im CETMAM gemeinsam mit brasilianischen Unternehmen statt.

Planungen für die Zukunft im Bereich der beruflichen Bildung bestehen auch mit *Indonesien*. In einem „Letter of Intent“, der am 9. November 2009 zwischen dem Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg und dem Industrieministerium Indonesien abgeschlossen wurde, erklärten beide Seiten die Absicht einer Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde bereits mit einer Studententour mit dem Schwerpunkt „duales Ausbildungssystem“ für eine indonesische Expertendelegation vom 9. bis 11. November 2009 in Baden-Württemberg vollzogen. Mittelfristig ist mit dieser ersten Annäherung auf dem Gebiet der beruflichen Bildung die Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Indonesien als der kommenden asiatischen Wirtschaftsmacht neben Indien und China angestrebt.

#### f) Rolle der SEZ in den genannten Handlungsfeldern

Die *SEZ* unterstützt seit ihrer Errichtung im Jahre 1991 Engagierte und Interessierte in der Entwicklungszusammenarbeit durch vielfältige Beratungen sowie durch Seminar- und Weiterbildungsangebote, um die Kompetenzen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit des Landes Baden-Württemberg zu stärken.

In den über die Jahre hinweg von der SEZ aufgebauten Ländernetzwerken wurden Schwerpunktthemen, wie der *Gesundheits- oder Bildungsbereich, der Klimawandel und die Ernährungssituation* sowie viele weitere Themen der Entwicklungszusammenarbeit zu einzelnen Ländern oder auch Kontinenten behandelt.

Ebenso sieht die SEZ die Notwendigkeit, den vielen ehrenamtlichen Kräften im Lande durch ein bedarfsgerechtes Seminarangebot bei der Umsetzung verschiedenster Aufgaben Unterstützung zu geben. Beispielsweise werden Fundraising- oder Presseseminare immer wichtiger. Sie gehören ebenso zum Basisangebot der SEZ wie die alle Bereiche des Einzelhandels umfassenden Seminare für Engagierte im Fairen Handel, so z. B. Buchhaltung, Werbung oder auch IT im Weltladen.

Drei Veranstaltungen für die breite Öffentlichkeit aus dem Jahr 2009 seien exemplarisch für die Arbeit der SEZ vorgestellt:

1. Unter dem Titel *Klimawandel und Gerechtigkeit* und dem Leitmotiv „Gottes Schöpfung bewahren, damit alle leben können“ veranstaltete die SEZ am 27. Februar 2009 zusammen mit der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart eine Podiumsdiskussion. Diskutiert wurden insbesondere die Fragen, wie eine globale Klimapolitik den Klimawandel auf ein beherrschbares Maß begrenzen kann und welche gleichzeitigen Handlungsperspektiven zu entwickeln sind, um die Folgen des bereits nicht mehr vermeidbaren Klimawandels zu bewältigen.

2. *1. Stuttgarter Forum für Entwicklung zum Thema Gutes Klima für Afrika!* am 13. März 2009

Afrika mit anderen Augen zu sehen, war Ziel des 1. Stuttgarter Forums für Entwicklung unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Horst Köhler. Zur Auftaktveranstaltung der neuen SEZ-Veranstaltungsreihe kamen mehr als 630 Gäste ins Stuttgarter Haus der Wirtschaft – darunter zahlreiche Referenten und Teilnehmer aus afrikanischen Ländern. Auf Einladung der SEZ, des Hilfswerks Misereor und weiteren Partnern diskutierten sie in elf Foren Entwicklungsmöglichkeiten Afrikas. Die Themen der Workshops waren breit gefächert, von Mikrofinanzierung über nachhaltige Landwirtschaft und Berufsbildung für Frauen bis zu Gesundheitswesen, Klimawandel und Erdölförderung. Fazit des von Ministerpräsident Günther Oettinger eröffneten Forums, auf dem die Präsidentin des Pan-Afrikanischen Parlaments der afrikanischen Union, Dr. Gertrude Mongella, die Festrede hielt: Ideenreiche Projekte zeigen, dass Afrika gute Chancen hat. Durch Austausch von Know-how können die afrikanischen Länder ihr Potenzial ausschöpfen. Für die Veranstalter war das Forum eine gute Plattform, die Chancen Afrikas öffentlich zu präsentieren. Das Stuttgarter Forum für Entwicklung alterniert im Jahresrhythmus mit der landesweiten SEZ-Initiative *Meine Welt. Deine Welt. Eine Welt.* und findet das nächste Mal im Herbst 2010 zum Thema Migration statt.

3. Auf der neuen Landesmesse fand vom 2. bis 5. April 2009 erstmals die *FAIR HANDELN Internationale Messe für global verantwortungsvolles und nachhaltiges Handeln* statt, die gemeinsam von der SEZ und der Messe Stuttgart veranstaltet wurde. Die *FAIR HANDELN 2009* bot für all diejenigen, die einen Beitrag für mehr global verantwortungsvolles und nachhaltiges Handeln leisten, einen professionellen Rahmen, um Produkte, Informationen und Dienstleistungen vorzustellen und neue Kooperationen einzugehen. Mit der FAIR HANDELN als Branchentreff und Kommunikationsplattform wurde ein „Marktplatz“ geschaffen, um sich mit Partnern, Gleichgesinnten, Verbrauchern und Interessierten auszutauschen und konkrete Angebote zu präsentieren. Die FAIR HANDELN leistet darüber hinaus einen wichtigen Beitrag, um sowohl Entscheidungsträger aus Politik,

Wirtschaft und Gesellschaft zu sensibilisieren, als auch dem Fach- und Einzelhandel eine Verkaufsplattform zu schaffen.

Der Faire Handel leistet seit vielen Jahren einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung durch bessere Handelsbedingungen und die Sicherung sozialer Rechte für benachteiligte Produzenten und Arbeiter insbesondere in den Ländern des Südens. Europa nimmt im Fairen Handel global gesehen eine Spitzenposition ein. Was bislang jedoch fehlte, war eine Plattform, die über den Fairen Handel im klassischen Sinne hinaus Bereiche wie Corporate Social Responsibility (CSR), Nachhaltigen Tourismus, Nachhaltiges Finanzwesen/Geldanlagen, faires öffentliches und kommunales Beschaffungswesen, Verbraucherschutz oder Qualitätssicherung bündelt und präsentiert. Angesichts der fortschreitenden Globalisierung bis hinein in unseren ganz persönlichen Alltag und der globalen Herausforderungen, wie beispielsweise dem fortschreitenden Klimawandel, ist eine internationale Vernetzung von großer Bedeutung. Diese Lücke schließt die *FAIR HANDELN* als *Internationale Messe für global verantwortungsvolles und nachhaltiges Handeln*.

An vier Tagen trafen sich auf dem Gelände der Messe Stuttgart die wichtigsten Vertreter und Beispielgeber der internationalen Fair-Handel-Branche, des Nachhaltigen Tourismus, der Entwicklungszusammenarbeit, der Bildungs-, Lobby- und Advocacy-Gruppen sowie Unternehmen, die im Bereich des CSR engagiert sind. Hier wurden Kontakte geknüpft und neue Allianzen und Kooperationen eingegangen, die Synergien für eine global verantwortungsvolle und nachhaltige Zukunft weltweit schaffen.

Die *FAIR HANDELN 2009* wurde durch die Landesregierung mit insgesamt 110.000 Euro gefördert (Wirtschaftsministerium 75.000 Euro, Ministerium für Ernährung und Ländlicher Raum 25.000 Euro, Umweltministerium 10.000 Euro). Während allen vier Messetagen informierte die Landesregierung interessierte Messebesucher auf eigenen Messeständen über ihre Projekte im Bereich der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern und zu Themen der Nachhaltigkeit.

Die Umsetzung der im Land vorhandenen Kompetenzen findet vor Ort in den Partnerländern der vielen Initiativen des Landes statt. Die SEZ unterstützt solche Partnerschaftsprojekte subsidiär durch zweckgebunden und nicht zweckgebunden eingeworbene Spendengelder. So konnte die SEZ im Jahr 2009 in verschiedenen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas 29 Projekte in den Bereichen Infrastruktur, Gesundheitswesen, Bildung, Landwirtschaft oder Einkommen schaffende Maßnahmen mit einem Volumen von rund 342.500 Euro unterstützen.

*4. welchen Stellenwert sie der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit beimisst und welche Möglichkeiten sie verfolgt, um nach Wegfall der für diesen bedeutsamen Bereich geschaffenen Förderlinie bei der Landesstiftung andere mittelfristig verlässliche Förderangebote für die entwicklungspolitische Inlandsarbeit der Nichtregierungsorganisationen und Verbände vorzuhalten;*

Das Land misst der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit, die im Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) vom 22. Oktober 2008 als eine der Kernkompetenzen definiert und zur wichtigsten Aufgabe der Entwicklungspolitik der Länder erklärt wird, große Bedeutung zu und beteiligt sich mit intensiv an deren Umsetzung.

Die *Schulen des Landes* informieren über Maßnahmen und Ziele in der Entwicklungszusammenarbeit und fördern so das damit verbundene bürgerschaftliche Engagement. Die Grundlagen für diesen Unterricht sind in den Bildungsplänen der Schulen vorgegeben: Themen der Entwicklungszusammenarbeit finden sich bei den allgemein bildenden Schulen insbesondere in den Bildungsplänen der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer und Fächerverbünde sowie in Religion und Ethik. In den Standards wird die Verantwortung für das Leben in der „Einen Welt“ thematisiert.

Bereits in der Grundschule wird im Fächerverbund „Mensch, Natur und Kultur (MeNuK)“ mit der Zielsetzung, partnerschaftliches, demokratisches und weltoffenes Handeln täglich zu praktizieren, die Schulkultur geprägt. Dieses weltoffene Handeln trägt zur Gestaltung eines zukunftsfähigen Verhältnisses der Schülerinnen und Schüler zur Heimat und zur Welt bei. MeNuK übernimmt in der Grundschule die Leitfunktion für die Bereiche „In Gemeinschaft leben“ und „Demokratie lernen“.

Diese Themen finden ihre Fortführung im Fächerverbund „Welt, Zeit, Gesellschaft (WZG)“ in der Hauptschule. Dieser Fächerverbund befasst sich insbesondere mit Lebensbedingungen in anderen Räumen und Ländern, mit dem Leben in der Einen Welt und mit Merkmalen von Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern. Im Fächerverbund „Erdkunde, Wirtschaftskunde, Gemeinschaftskunde (EWG)“ der Realschule werden schwerpunktmäßig die Themen „Demokratisches und solidarisches Handeln“ und „Friedens- und Zukunftssicherung in der Einen Welt“ behandelt.

Der Fächerverbund „Geografie, Wirtschaft, Gemeinschaftskunde (GWG)“ im Gymnasium vermittelt Kenntnisse und Fertigkeiten, die zum Verständnis gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse in der Einen Welt notwendig sind. Sie sind Grundlage dafür, dass die Schülerinnen und Schüler Projekte für eine ausgleichsorientierte Entwicklung und Strategien der Entwicklungszusammenarbeit bewerten und diskutieren können.

Ziel des Religionsunterrichts ist das Wissen um die Sicht der Welt als „Eine Welt“ und um das Bemühen um Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Damit lernen die Schülerinnen und Schüler Probleme kennen, die sich aus gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen ergeben. Sie erfahren Möglichkeiten, diese gewaltfrei und partnerschaftlich zum Beispiel durch „Eine-Welt-Projekte“ und Friedenssicherung zu bearbeiten. Auch im Ethikunterricht wird das Thema behandelt.

Im beruflichen Schulwesen ist die Entwicklungszusammenarbeit ebenfalls entsprechend seiner Bedeutung verankert. Zurzeit wird darüber hinaus an rund 50 Schulen das Fach Global Studies erprobt, bei dem z. B. die Globalisierung beispielhaft unter Berücksichtigung der kulturellen, wirtschaftlichen und naturräumlichen Merkmale eines Entwicklungs- oder Schwellenlandes behandelt werden.

Das Papier der MPK fordert die Länder dazu auf, Informationen zur Entwicklungszusammenarbeit mit den Vorschlägen der *UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“* und mit dem neuen *Orientierungsrahmen für den Lernbereich globale Entwicklung* zu verbinden. Der Orientierungsrahmen greift fachorientiert aktuelle Themen der Entwicklungszusammenarbeit auf und macht Vorschläge zur Behandlung im Unterricht z. B. zur Globalisierung, zum Klimawandel oder zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ usw.

Ziel der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2005 bis 2014 ist es, durch Bildungsmaßnahmen zur Umsetzung der in Rio 1992 beschlossenen und in Johannesburg (2002) bekräftigten Agenda 21, Kapitel 36 beizutragen und die Prinzipien nachhaltiger Entwicklung in den nationalen Bildungssystemen zu verankern. Themenbereiche wie Armutsbekämpfung, Bevölkerungsentwicklung, Biologische Vielfalt, Energie, Ethik, Fairer Handel, Generationengerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Konsum und Lebensstile, Kulturelle Migration, Umweltschutz sollen in allen Bildungsbereichen verstärkt zum Gegenstand von Lehr- und Lernprozessen gemacht werden. Neben der Vermittlung von Wissen geht es vor allem aber auch um die Fähigkeiten, dieses Wissen in konkreten Handlungssituationen anwenden zu können. Menschen sollen in die Lage versetzt werden, aktiv, reflektiert und eigenverantwortlich an der Gestaltung einer zukunftsfähigen Welt teilzuhaben.

Ergänzend zu den Vorgaben der Bildungspläne hat das Kultusministerium deshalb den „Orientierungsrahmen für den Lernbereich globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“ im November 2008 an insgesamt vier Tagungen flächendeckend bei Multiplikatoren aller Fächer und aller Schularten eingeführt. Zu den Veranstaltungen waren Vertreter jedes Staatlichen Seminars für Didaktik und Lehrerbildung bzw. Vertreter der Fortbildner eingeladen. An diesen Veranstaltungen waren auch Nichtregierungsorganisationen beteiligt, die bei den Tagungen ihre Angebote für Schulen vorgestellt haben. In dieser Breite hat Baden-Württemberg bisher als einziges Land den Orientierungsrahmen bekannt gemacht. Eine Evaluationsveranstaltung im Herbst 2009 zeigte, dass die Themen des Orientierungsrahmens schon jetzt breit multipliziert worden sind.

Neben den Fortbildungen zum Orientierungsrahmen gibt es in Baden-Württemberg schon seit vielen Jahren Fortbildungsangebote für Lehrkräfte, die sich mit dem Thema nachhaltige Entwicklung (ehemals Umwelterziehung) befassen. Dieser Themenbereich wird insbesondere am „Landesschulzentrum für Umwelterziehung“ am Staatlichen Aufbaugymnasium in Adelsheim bearbeitet. In Adelsheim werden nicht nur Fortbildungen für Lehrkräfte und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Lehrerfortbildung angeboten, hier haben Lehrkräfte mit ihren Schulklassen die Möglichkeit, entsprechende Themen in einwöchigen Klassenaufenthalten handlungsorientiert zu erarbeiten. Darüber hinaus werden Fragen der Nachhaltigkeit in vielen zentralen und regionalen Fortbildungen als Querschnittsthema mit behandelt.

Die Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit bildet auch den Schwerpunkt der Arbeit der SEZ, ist sie doch zu diesem Zwecke errichtet worden. So finden jährlich rund 50 Bildungsveranstaltungen für die breite Bevölkerung, Schüler und Studenten, Aktive und Interessierte in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) statt. Täglich gehen bei der SEZ rund 15 Anfragen zu unterschiedlichsten Themen ein, die entweder schriftlich oder bei einem persönlichen Beratungsgespräch beantwortet werden.

In der Zusammenarbeit mit Verbänden werden deren Mitglieder für die Notwendigkeit der Entwicklungszusammenarbeit sensibilisiert und aufgefordert, sich mit diesem wichtigen Themenfeld auseinanderzusetzen.

Einen besonderen Schwerpunkt setzt die SEZ auch auf den Bereich Schule und Globales Lernen. Die Kenntnis globaler Zusammenhänge, die Fähigkeit zu vernetztem Denken sowie Neugierde und Offenheit gegenüber Menschen anderer Erdteile ermöglichen einen selbstkritischen und eigenverantwortlichen Umgang mit globalen Fragen. Mehr als zuvor müssen sich Kinder und Jugendliche mit globalen Strukturen unserer Welt auseinandersetzen. Zwei ihrer Angebote für Lehrer und Schüler, die Zukunftswerkstätten und der Ch@t der Welten, sind als offizielle Projekte der Dekade zur Bildung für

nachhaltige Entwicklung ausgezeichnet worden. Darüber hinaus begleitet und berät die SEZ viele Lehrer und Schulen individuell bei Projekten und Vorhaben der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit oder konkreten Projekten mit Partnern im Entwicklungsland.

*5. welche neuen Aufgaben und Chancen sich aus ihrer Sicht an der Schnittstelle von Entwicklungspolitik, Migration und Integration ergeben und welche Konzepte sie verfolgt, um die Migrantinnen und Migranten aus Entwicklungsländern in die Mobilisierung neuer Potenziale für die wirtschaftliche und kulturelle Kooperation mit Entwicklungsländern einzubinden und die Kompetenz der Migrantinnen und Migranten als Brückenbauer zu ihren Heimatländern zu stärken;*

Die Landesregierung sieht ihre Aufgabe beim Thema Integration vornehmlich darin, rechtmäßig und auf Dauer im Land lebende Menschen mit Migrationshintergrund sowie Spätaussiedler möglichst umfassend und chancengerecht am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben im Land zu beteiligen. Hierzu führt das Land vielfältige Maßnahmen, Programme und Projekte durch (vgl. hierzu die Stellungnahme der Landesregierung in der LT-Drs. 14/5643).

In der Vergangenheit wurden keine speziellen Maßnahmen für Migrantinnen und Migranten aus Entwicklungsländern angeboten, jedoch nehmen an den erwähnten Maßnahmen, Programmen und Projekten auch Menschen aus Entwicklungsländern teil.

Die Maßnahmen zielen in erster Linie darauf ab, die Integration der Teilnehmer zu unterstützen. Durch Kontakte und Austausch mit dem Heimatland besteht auch die Möglichkeit, dass Migrantinnen und Migranten aus Entwicklungsländern als Brückenbauer in ihren Herkunftsländern positive Entwicklungen anstoßen. Die Landesregierung kann jedoch nicht einschätzen, in welchem Umfang tatsächlich so ein Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit geleistet wird.

Die SEZ bindet seit Jahren Migrantinnen und Migranten in ihre Arbeit ein. So sind in den zahlreichen von der SEZ angebotenen Ländertreffen Migrantinnen und Migranten als Teilnehmer oder Referenten vertreten, um als sachkundige Vertreter ihrer Herkunftsländer bei der Umsetzung von EZ-Projekten behilflich zu sein.

Migrantinnen und Migranten erhalten aber auch von der SEZ sachkundige Beratung bei allen Fragen zur Entwicklungszusammenarbeit, sei es z. B. bei der Planung von Auslandsprojekten, der Suche nach finanziellen Mitteln für die Projektarbeit oder bei der Planung von entwicklungspolitischen Veranstaltungen.

Im Herbst 2010 wird die SEZ in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge das 2. Stuttgarter Forum für Entwicklung zum Thema Migration veranstalten.

*6. wie sich die im MPK-Beschluss von 2008 auch von Baden-Württemberg bekundete Bereitschaft, auch weiterhin Verantwortung für die Entwicklungspolitik wahrzunehmen und in diesem Politikfeld eine aktive Rolle zu spielen, in den nächsten Jahren differenziert nach Ressorts und Zielsetzungen niederschlagen wird;*

Die Landesregierung bekennt sich auch weiterhin zu ihrer entwicklungspolitischen Verantwortung und wird ihr Engagement in diesem Bereich entsprechend ihren personellen Möglichkeiten und im Rahmen des vom Landtag vorgegebenen finanziellen Rahmens fortsetzen. Hierbei konzentriert sie sich



auf ihre Kernkompetenzen und sieht ihre Arbeit als Ergänzung der Aktivitäten der internationalen Organisationen und der Bundesregierung.

Grundlagen der künftigen Entwicklungspolitik der Landesregierung sind die neuen Leitlinien für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, sowie die UN-Millenniumsziele des Jahres 2000, das Ziel X „Globalisierung und internationale Verantwortung“ der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg vom 12. März 2008 sowie der Beschluss der Ministerpräsidenten zur Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen vom 24. Oktober 2008.

Einen landespezifischen Schwerpunkt sieht die Landesregierung dabei auch künftig in bildungspolitischen Maßnahmen, insbesondere in der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit und im Bereich der Aus- und Fortbildung (siehe hierzu ausführlich I. 3.). Daneben wird auch das Thema Umwelt- und Ressourcenschutz weiterhin eine wichtige Rolle spielen.

Die partnerschaftlichen Beziehungen mit Burundi werden durch das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Ernährung sowie in der praktischen Ausbildung und durch die SEZ im Rahmen des vom Landtag beschlossenen finanziellen Rahmens weiterhin unterstützt und gefördert.

Die Landesregierung hält zudem nach wie vor neben den Aktivitäten von Regierungsstellen das große Engagement der Kirchen im Land, der rund 1000 Nichtregierungsorganisationen, der zahlreichen kommunalen Initiativen sowie der Wirtschaft im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit für äußerst bedeutsam. Mit seinem lebendigen und vielgestaltigen Netz engagierter Akteure und ihrem großen, meist ehrenamtlichem Engagement hat Baden-Württemberg bundesweit Vorbildcharakter.

## II.

*den Landtag umgehend nach Fertigstellung die angekündigten neue landespolitische Leitlinie zur Entwicklungszusammenarbeit zu übermitteln.*

Die am 11. Januar 2010 vom Ministerrat beschlossenen Leitlinien wurden am 14. Januar 2010 durch das Staatsministerium dem Landtag übermittelt.

Pfister  
Wirtschaftsminister